



Hannes Wezel

Anerkennungskultur in der Bürgerkommune

Erfahrungen aus Nürtingen



Stellen Sie sich einmal vor:

... im Jahr 2019 ist „Anerkennungskultur für alle“ längst zum zentralen Slogan der Bürgergesellschaft geworden. Bei regelmäßigen Ehrungen von aktiven Bürgern, bürgerorientierten Verwaltungen und engagierten Kommunalpolitikern, die immer am Samstag-Nachmittag in der Halbzeitpause der Bundesligaspiele in den Stadien stattfinden und somit eine große Öffentlichkeit erreichen, ist eine ganz neue Kultur der Anerkennung entstanden.

Und weiter:

... nach dem aktuellen Freiwilligensurvey sind 2019 über 50% der Bundesbürger aktiv und engagiert! Überall in Deutschland wurden als Wertschätzung die Rathäuser zu Bürgerhäusern umgebaut und nach und nach wuchsen allerorten kommunale Zentren für Zivilgesellschaft ganz nach dem Nürtinger Vorbild. Nur durch ein neues Zusammenspiel zwischen Bürger, Politik und Verwaltung konnte die Demokratiemüdigkeit in Deutschland überwunden werden. Inzwischen gehen wieder 80% der Bürger und Bürgerinnen zur Wahl.

... in fast allen Kommunen haben die gewählten Stadträte zwischenzeitlich ausgebildete Bürgermentoren als Berater zur Seite und in den Verwaltungen gibt es nicht nur Seitenwechselprojekte für Auszubildende zur Stärkung ihrer sozialen Kompetenz, sondern auch die Amtsleiter werden in sozialen Projekten fit gemacht.

Apropos Wertschätzung: Die Gemeinde Weyarn war 2019 einmal mehr Vorreiter und hat ein „Wellness-Wertschätzungshotel“ für Engagierte auf städtischem Grund gebaut – einfach mal raus aus dem ganzen Engagement-Stress – mal richtig chillen! Da helfen dann sogar die Krankenkassen und geben einen Bonus für ihre engagierten Mitglieder. Außerdem können Freiwillige günstige Bauplätze bekommen und schaffen somit Standortvorteile.

Und last but not least muss im sogenannten Online-Volunteering - natürlich aus den USA herübergeschwappt – niemand mehr einen Fuß vor die Tür setzen, um sich zu engagieren. Da gibt es ja auch Chatrooms für Engagierte, wo sie sich jederzeit und den ganzen Tag gegenseitig loben und anerkennen können und natürlich auch bemitleiden.

Anerkennung braucht Ermöglichung

Zurück ins Jahr 2009: Eine seit langen Jahren engagierte Bürgerin liefert uns die Definition frei Haus: „Was wir brauchen für unser Engagement, ist ein Dach über dem Kopf – sprich allzeit zugängliche Räume und offene Herzen bei den Stadtoberen.“ Im Falle von Nürtingen ist damit der Bürgertreff am Rathaus gemeint, der als Anlaufstelle Bürger beteiligt und unterstützt sowie als Stabsstelle Anerkennungs- und Beteiligungskultur auch innerhalb der Verwaltung organisiert. Dazu bedarf es der sogenannten Ermöglichungshaltung von denen, die einen solchen Prozess begleiten. Sie drückt sich dadurch aus, Menschen zu vertrauen und ihnen etwas zu zutrauen, nämlich, selbstorganisiert zu handeln, ohne ans „sozialpädagogische Gängelband“ gelegt zu werden.

Engagementförderung schafft Anerkennung

Im ersten Freiwilligensurvey (BMFSF, 2000), findet sich noch eine regelrechte Hitparade der Anerkennungskultur: 56% der Engagierten wollen besser beraten und informiert werden, was eindeutig heißt, die baden-württembergische Strategie zum Aufbau lokaler Anlaufstellen weiterzuführen. 55% wollen ihre Ehrenamtsarbeit als Praktikum anerkannt haben, was der neueren Strategie zum Aufbau lokaler, generationsübergreifenden Freiwilligendienste oder auch Programmen wie Quallipass oder Yes-Programm entspricht. 50% wollen mehr öffentliche Anerkennung in den Medien. Auch hier hat sich in den letzten Jahren viel getan, ich erinnere nur an die Aktion „Echt gut“ Ehrenamt in Baden-Württemberg mit der Möglichkeit über das Internet Projekte zu wählen, um diese in einer großen Fernsehgala zu präsentieren. 43% wünschen



sich als Anerkennung eine Freistellung durch den Arbeitgeber, 42% steuerliche Freistellung von Aufwandsentschädigungen, 37% eine bessere Absicherung ihres Engagements durch Haftpflichtversicherungen und nur 28% legen auf die traditionellen Orden und Ehrennadeln Wert. Diese Hitparade macht zweierlei deutlich: Einerseits wurde daran in den vergangenen zwei Legislaturperioden von Politikseite her vieles abgearbeitet – man denke nur an die Verbesserung bei der Übungsleiterpauschale oder auch die Stärkung des Bereichs Corporate Citizenship im Bereich Freistellung durch Arbeitgeber für Gemeinwohlarbeit – andererseits wird aber deutlich, dass Anerkennungskultur für Bürgerengagement eine gesellschaftliche Aufgabe mit ganz neuen Anforderungen gerade auch an Kommunen darstellt.



Abb. 1: Anerkennungskultur pur: Bürger Gala 2008 (Foto: Mario Wezel)

Entwicklungsbausteine einer Anerkennungskultur

Im Rahmen des Civitas-Netzwerkes der Bertelsmann Stiftung erarbeiteten die Kommunen Essen, Leipzig, Weyarn, Nürtingen, Ulm und Viernheim zentrale Entwicklungsbausteine einer Beteiligungs- und Anerkennungskultur für das Freiwilligenwesen. Interessant dabei ist die Unterschiedlichkeit der Ansätze: Essen und Leipzig zeichneten sich hier vor allem durch Projekte aus, wenn es darum ging, Bürger an der Stadtentwicklung zu beteiligen. Quartiersmanagement und Stadtteilarbeit, Perspektivenwerkstätten zu Platzgestaltungen u.ä.. In Leipzig standen z.B. die Entwicklung des Waldstraßenviertels als Beteiligungsprojekt an, aber auch die Entwicklung der Verwaltung und Handlungsempfehlungen hin zu mehr Bürgerorientierung.

Nürtingen entwickelte den ersten Freiwilligenpass Deutschlands, inzwischen von unzähligen Kommunen kopiert, das „Tu-Was-Tagebuch für Jugendliche“, der Gemeinderat gründete eine Freiwilligenakademie für die Qualifizierung, das Freiwilligenmagazin „Bingo!“ erscheint als eigenständiges öffentliches Printmedium zur besseren Sichtbarmachung und

Anerkennung von Bürgerengagement. Die Stadt Ulm stand dem in nichts nach und entwickelte eine Freiwilligencard zur Wertschätzung und Anerkennung und zeigte sich mit einer Bürgerkarawane oder der „Netzfee“ als erste virtuelle Freiwilligenagentur überaus kreativ.

Viernheim setzte stark auf die Jugend, was sich im Bereich des Bürgerengagements bis dahin noch niemand traute. Das Viernheimer Jugendparlament ist ein Instrument zur Jugendbeteiligung und zur Anerkennung freiwilligen gesellschaftspolitischen Engagements von jungen Menschen. Interessant auch der Viernheimer Ansatz der verstärkten Förderung und Vernetzung von Selbsthilfe und Gesundheitsförderung und bürgerschaftliches Engagement mit einer Gesundheitskonferenz. Und schließlich auch hier die immer häufiger auftauchende Bürgerkarawane: Ein Team von Bediensteten der Stadtverwaltung besuchte verschiedene Stadtteile, um vor Ort Kontakt zu den Bewohnerinnen und Bewohnern Viernheims zu bekommen. Last but not least die Gemeinde Weyarn in Bayern, die als gelungenes Beispiel für Anerkennung und Beteiligung den gemeinschaftlichen Schulhausbau in den Netzwerkknoten Anerkennungskultur einbrachte.

Mit Abstand betrachtet setzte damals eine regelrechte Flutwelle der Anerkennungskultur ein. Es verging kein Tag, an dem nicht irgendeine Kommune aus irgendeiner Ecke der Republik bei uns im Bürgertreff Nürtingen anrief, um zu fragen: „Wie geht das mit dem Freiwilligenpass, wir wollen das auch machen ...“.

Nürtinger Anerkennungsinstrumente

Der Nürtinger Freiwilligenpass bietet Initiativen, Vereinen und pflegenden Angehörigen ein breites Spektrum an erlebbarer Anerkennungskultur. Im Jahr 2008 kamen über 150 Wunschschecks von Wirtschaft, Geschäftswelt, Stadtwerken, Krankenkassen und Stadtverwaltung zusammen. Theater- oder Kinokarten, Freifahrten bis in die Bundeshauptstadt Berlin, oder aber Warengutscheine für Kaufhäuser, Bäcker und Metzgereien sind für die Freiwilligen Anreiz und Anerkennung. Der Freiwilligenpass steht für öffentliche Anerkennung als Gemeinschaftsleistung innerhalb unserer Kommune. Es steckt aber noch ein weiterer qualitativer, menschlicher Aspekt in einem solchen Freiwilligenpass: Die Initiativen bieten selbst Gutscheine an, nehmen also nicht nur in Anspruch, sondern bringen ihr Engagement mit ein. Ob astronomische Führungen, Kirchturmrundblick oder Bootspartie – dieser Pass schafft die Voraussetzungen für einen Tauschring von Geben und Nehmen. Um auf die Aussage der aktiven Bürgerin bezüglich der offenen Räume zurückzukommen: Kostenlose Überlassung von Räumen ist eine Form der Anerkennung, die sich auch rechnen lässt. Im Haushaltsplan der Stadt Nürtingen sind für die kostenlose Raumnutzung der Räume im Bürgertreff 26.000 Euro eingestellt. Der Bürgertreff platzt inzwischen mit 1.700 Belegungen im Jahr aus allen Nähten. Das Budget blieb auch

in schwierigen und sparsamen Zeiten erhalten, der Gemeinderat steht felsenfest zum Bürgerschaftlichen Engagement (BE).

Inzwischen gibt es 80 ausgebildete Bürgermentoren als Brückenbauer für die unterschiedlichsten Projekte in unserer Stadt. Wie jedes Jahr im Dezember, rechtzeitig zum „Internationalen Freiwilligentag“, liegt der 13. Freiwilligenpass im Bürgertreff zur Verteilung bereit. Auf dem anstehenden „Nürtinger Weihnachtsmarkt“ stellt die Stadtverwaltung wie jedes Jahr zwei Weihnachtshäuschen kostenlos für Selbsthilfegruppen, Bürgergruppierungen und Vereine zur Verfügung. Dort findet auch die „Bingo!-Verleihung“ des städtischen Ehrenamtsawards statt, benannt nach dem Freiwilligenmagazin „Bingo!“, das zwischenzeitlich viermal jährlich von den Firmen „Sennermedien“ und „Pam Network“ zusammen mit dem Bürgertreff seit zwölf Jahren gemacht und herausgegeben wird. Ein reichhaltiges Qualifizierungsprogramm für Engagierte deckt den Aspekt der Weiterbildung ab. Dem Thema Anerkennungskultur widmet sich seit 2007 auch die neue rechtlich selbständige „Bürgerstiftung Nürtingen und Umgebung“ mit einem jährlichen Förderpreis und einer „Bürger-Gala“ als Höhepunkt, bei der die Stars die Bürger sind!

Wo bleibt die Anerkennungskultur für alle?

Folgt man der Zahl des aktuellen Freiwilligensurveys von 34% engagierten Bundesbürgern und 42% engagierter Baden-Württembergern, so muss die Fragen reziprok lauten: „Und was ist mit den restlichen 66 bzw. 58%“? Wie sieht eine Kultur der Anerkennung aus, damit noch mehr Menschen erreicht werden?

Denken wir doch diese Geschichte auch auf dem Hintergrund der bekannten Zahlen aus dem Freiwilligenmilieu einmal weiter! Bekannt ist ja auch inzwischen, dass Bürgerengagement mit einem starken mittelschichtorientierten Phänomen zu tun hat. Gleichzeitig bewegen sich Politik, Verwaltung und Verbände auf einem sehr hohen Organisationsgrad des Bürgerengagements. Einerseits typisch deutsch, durchdacht und durchorganisiert, andererseits aber eben nur 32% erreichend. Entscheidend ist doch hier die Frage, ob das Bürgerengagement noch mehr, noch bessere Organisationsformen und Strategien braucht oder stattdessen mehr Freiräume für kleine und kleinste Projekte gesellschaftlicher Gemeinschaftsaufgaben. Was ist damit gemeint? Momentan begegnen wir dem gesellschaftlichen Wandel in Form von Überalterung, Pflege oder auch Behinderung durch klassische betreuende und pflegerische Konzepte. Die Zukunft braucht hier eine ressourcenorientierte Praxis, in der aus „betroffenen“ Alten, Kranken oder auch gehandicapten Bürgern und Bürgerinnen, Beteiligte gemacht werden. Kleine und kleinste Aufgaben können dabei helfen. Eine Reziprozität der Rollen muss her. So beobachtet man zum Beispiel in Nürtingen und Ulm, dass verstärkt Menschen, die psychisch angeschlagen sind, in Engagementaufgaben drängen. Ganz abgesehen von der Synchronisierung

von Selbsthilfearbeit und Bürgerengagement findet dadurch eine Anerkennung statt, wenn man psychisch Kranke eben nicht nur in der Maltherapie Bilder malen lässt, sondern diese Arbeiten einem möglichst großen Kreis auch in Ausstellungen zeigt und die „Künstler“ Führungen machen lässt.

Anerkennungskultur durch Beteiligungsförderung

In Nürtingen fängt Beteiligung ganz niederschwellig an. Die gewählten Kommunalpolitiker des Stadtparlamentes gehen schon immer im Bürgertreff ein und aus. Sie haben nach der Eröffnung schnell gemerkt, was ihnen eine solche „permanente Bürgerversammlung“ bringt. Und umgekehrt haben die Bürger die Nähe zu Gemeinderat und auch Verwaltungsspitze als unverkrampft und selbstverständlich erlebt. Bürgerorientierung und Bürgerengagement stehen grundsätzlich im Spannungsverhältnis und im „magischen Dreieck“ zwischen Bürger, Politik und Verwaltung. Durch die kontinuierliche Einbeziehung der Kommunalpolitiker in die alltägliche Arbeit kam bei uns nie die Machtfrage auf. Immer waren die Rollen klar verteilt und richteten sich stets an dem aus, was in Schweden mit „großer und kleiner Demokratie“ gemeint ist. Die „große Demokratie“ als die klassische, gewählte, parlamentarische Form, also Politik schlechthin und Bürgerengagement als die „kleine Demokratie“, die alltägliche Form der Mitwirkung auf vielen verschiedenen, nicht immer politischen Feldern. Wir suchten nach einer Möglichkeit, Beteiligung an dieser Stelle lebendig werden zu lassen und erfanden hier gemeinsam mit unserer lokalen Zeitung den „Dämmerchoppen-Dialog“ – Kommunalpolitiker fragen, Bürger antworten – der inzwischen seit fünfzehn Jahren läuft und nun den Titel „Demokratie vor Ort“ trägt.

Mit einer paradoxen Methode wird das Dialogprinzip auf den Kopf gestellt, soll heißen, wer sonst immer redet, hört jetzt zu (die Politiker), und wer sonst eher nicht zu Wort kommt, ist jetzt am Zug (die Bürger). Beteiligung wird hier exemplarisch zur Methode erhoben und von Bürgermentoren moderiert. Ob Beteiligung an der Freibadsanierung, wo die Veranstaltung am Schwimmbassin in Badekleidung stattfand, ob bei Stadtteilrundgängen oder wie ganz aktuell bei einer breiten Beteiligung im Vorfeld des Baus einer Biogasanlage, hier entstehen Impulse und neue Ideen auch aus manchen ausweglos scheinenden Situationen.

Klaus Selle von der RWTH Aachen spricht von „political correctness“, wenn es um die Umsetzung von Teilnahmeverfahren geht. Er warnt letztlich jedoch auch aus dreierlei Gründen vor: Sandkastenbeteiligung (große Dinge bleiben aber Chefsache), Instrumentalisierung (für bereits getroffene Entscheidungen), Popularisierung und Banalisierung von Beteiligung (TeD und Co), vor St. Florians Prinzip und „Nimbys“ als Vertretung von Partikularinteressen. Selle plädiert in diesem Zusammenhang dafür, nicht mehr bilateral Probleme und Gegensätze



anzugehen, sondern multilateral. Es reicht nicht aus, in Top-down- oder Bottom-up-Systemen zu beteiligen. Was aber mit Beteiligung gemeint ist, bedarf horizontaler Strukturen und Netzwerke, die auch im Alltäglichen erfahrbar werden. Soll heißen: Beteiligung braucht Akzeptanz in Verwaltung und Politik, braucht Anlaufstellen und Fachpersonal, das nicht technokratisch oder verwaltend denkt und handelt, sondern aus „Betroffenen Beteiligte macht“ (Stiftung Mitarbeit, 2004).

Ein wichtiges Anerkennungs- und Beteiligungsinstrument ist in Nürtingen die seit 1997 jährliche Sozialkonferenz, die auch methodisch auf Formen der informellen Beteiligung setzt. In der Sozialkonferenz wurden in den vergangenen Jahren Themen wie das interkulturelle Zusammenleben, die Integration von Menschen mit Behinderungen, Denkanstöße für den Lebensraum Schule und vieles andere mehr bearbeitet und Bürger als Experten beteiligt. Expertenbeteiligung steht für Betroffenenpartizipation.

Konsequente Beteiligungsförderung

Hinter dem Wunsch nach mehr Partizipation und Anerkennung steht immer auch die Frage nach der Politik und somit auch nach dem Zustand der Demokratie in den Kommunen. Wenn es um die Beteiligungsförderung geht, ist „Schluss mit lustig“. Dann geht es nicht mehr nur um ein bisschen Ehrenamt oder dass sich die Bürger schön engagieren sollen und dafür auch belohnt werden. Das erklärt auch, dass man in der Debatte um die Anerkennungskultur laut dem Freiwilligen-survey 2004 nur um einige Prozentpunkte weiterkommt. Die Förderung des Bürgerengagements ist in vielen Kommunen und auch Bundesländern nur eine halbherzige, eben auf das Engagement, das aktive, praktische Tun bezogen, nicht aber auf die Beteiligungsförderung, also auf mehr Mitsprache und mehr Demokratie. Im Jahr 2002 erreichte damals, auch wiederum über das Civitas-Netzwerk der Bertelsmann Stiftung, eine ganz neue Form der Beteiligungsförderung Deutschland: die lokale Demokratiebilanz aus Schweden.

Anerkennung durch mehr Demokratie

Das Modell funktioniert nur als „Boootom-up-Modell“, das sich nicht von „obenherab“ hierarchisch überstülpen läßt. Verbinden lassen sich die drei Stufen dadurch, dass man lernend und experimentell vorgeht sowie Stufe um Stufe erprobt und reflektiert. Nur dann lassen sich Anerkennungs- und Beteiligungskultur im Spannungsfeld zwischen Bürger, Politik und Verwaltung erfolgreich gestalten.

Die Notwendigkeit einer direkten Beteiligung der Bürger in den Kommunen ist unerlässlich für die Stärkung einer lokalen Bürgergesellschaft. Diese Erkenntnis setzt sich langsam in den Köpfen der kommunalen Vertretungen durch. Diese Erkenntnis erfordert aber auch Instrumentarien über die Kommunalwahl alle fünf Jahre hinaus. Deshalb wurde die lokale Demokratiebilanz entwickelt. Die Idee stammt ursprünglich aus Schwe-

den und wurde zunächst in der Stadt Örebro entwickelt. In der Stadt mit ihren 120 000 Einwohnern wurde festgestellt, dass die Politikverdrossenheit immer weiter zunimmt und dass sich die Bürger der Stadt nicht mehr für die Kommunalpolitik interessieren. So wurde überlegt, wie das kommunale Geschehen wieder näher an die Bürger herangebracht werden könnte. Daraus entstand die Lokale Demokratiebilanz. Damit soll aufgezeigt werden, welches Demokratieverständnis die einzelnen Bürger haben und wie es um ihre Bereitschaft bestellt ist, sich am kommunalen Geschehen zu beteiligen. Die Methode sollte jedoch nicht als einzelnes Ereignis stehen sondern in gewissen Abständen, etwa alle fünf Jahre, wiederholt werden.

Mittlerweile koordiniert der schwedische Kommunalverband ein Programm, das landesweit eine Bilanz zum Demokratieverständnis erstellen und damit das Engagement und das Politikinteresse fördern soll. Die lokale Demokratiebilanz hat drei wichtige Bestandteile: eine Befragung der Verwaltung zu ihrem Verständnis von Bürgerbeteiligung und Bürgerorientierung, eine repräsentative Bürgerbefragung und eine Auswertung der Ergebnisse durch gewählte Politikvertreter.

Systematik der Beteiligungsförderung

Beteiligungsförderung ist keine Spielwiese. Die Ernsthaftigkeit, ob und wie Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden, hängt vom Gesamtkonzept der Anerkennungskultur ab. Beteiligung geht über den normalen Rahmen des vielfältigen Engagements in vielen Bereichen hinaus. Beteiligung ist mehr als ein bisschen Ehrenamt und geht an die Basics der traditionellen Rollen, vor allem von Verwaltung und Politik, heran. Deshalb erscheint es auch als gute Vorübung, wenn in einer Kommune parallel auf beide Bereiche, also Engagementförderung und Beteiligungsförderung, gesetzt wird. Beide Bereiche bedürfen einer Systematisierung, die gemeinsam von Bürgern, Politik und Verwaltung entwickelt wird. Beteiligung wird von der Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger als große Anerkennung angesehen. Sie wollen einbezogen werden, beteiligt sein und dazugehören.

In Nürtingen haben wir in den 18 Jahren dazugelernt und eine Systematik entwickelt, die wir für durchaus übertragbar halten: Regelmäßig finden nach der ersten großen und umfassenden Bürgerbefragung sogenannte „Bürgerpanels“ zu ausgewählten Fragenkomplexen statt. Nürtingen unterhält zu nahezu allen kommunalen Fragestellungen sogenannte Beteiligungsforen. Dort arbeiten Bürger zusammen mit Gemeinderäten und Verwaltungsmitarbeitern an Themen, organisieren Projekte und bereiten auch Anträge für den Gemeinderat vor. Diese Foren sind grundsätzlich öffentlich. Die Federführung liegt bei den ausgebildeten Bürgermentoren und den „Verwaltungspaten“. Die Gemeinderäte bringen sich auch außerhalb ihrer Ratstätigkeit aktiv ein, hören somit rechtzeitig „wo es brennt“ und wie die Stimmung zu bestimmten Themen in der Bürgerschaft ist. Sie beziehen regelmäßig Themen aus den



Foren in ihre Haushaltsanträge mit ein und machen die Erfahrung, je früher sie beteiligen, desto größer ist die Akzeptanz für ihre Entscheidungen. Diese Systematik ist dann vollkommen, wenn sie in der Hauptsatzung verankert wird. Daran arbeiten wir momentan mit guten Aussichten auf Erfolg.

Anerkennungskultur als Gesamtstrategie für die Bürgerkommune

Je nachhaltiger Bürgerengagement eine Anerkennungs- und Beteiligungskultur entwickelt, desto konsequenter ist ihre Umsetzung in der Kommune möglich. Anerkennung und Beteiligung sind die zentralen Voraussetzungen für das Gelingen von Bürgerengagement in Kommunen. Es genügt nicht, „Bürger irgendwie“ machen zu lassen und sie einmal jährlich ins Rathaus zu einem Empfang zu bitten. Die Hinführung auf den Weg zu mehr gelebter Demokratie müssen Bürger, Politik und Verwaltung gemeinsam finden.

Zentraler Aspekt der Anerkennungskultur ist aber, dass sie entlang zweier Bereiche gedacht und entwickelt wird: Einerseits der Beteiligungsförderung und andererseits der Engagementförderung. Helmut Klages verbindet diese beiden großen Bereiche 2007 in der Veröffentlichung „Beteiligungsverfahren

und Beteiligungserfahrungen“. Er bringt am Beispiel von Nürtingen diese beiden Kernelemente zusammen und trifft damit wohl genau das, was auch schon in früheren Jahren immer wieder bei der Diskussion um eine Anerkennungskultur eine Rolle spielte. Klages kommt in seiner Betrachtung zu dem Ergebnis, dass es durchaus Sinn macht, keine strenge Grenzziehung zwischen Beteiligungsförderung und Engagementförderung, keine Nebeneinander, sondern eine Verbindung dieser beiden großen Bereiche. „Im Zweifelsfall wie Nürtingen oder über Nürtingen hinaus.“ (Klages 2007)

Hannes Wezel
Civitas-Botschafter, seit 18 Jahren Leiter des Bürgertreffs Nürtingen

Quellen:

BMFSF (2000): Erster Freiwilligensurvey 1999:

Freiwilliges Engagement in Deutschland – Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Kolhammer

Stiftung Mitarbeit (2004): mitarbeiten 4/2004, Bonn

Klages, Helmut (2007): Beteiligungsverfahren und Beteiligungserfahrung, Friedrich Ebert Stiftung, Bonn

Thomas Böhme

„Sie sind Gold wert.“ – Ein Jahr niedersächsische Ehrenamtskarte



„Sie sind Gold wert.“ – Unter diesem Motto haben die kommunalen Spitzenverbände und die Landesregierung 2007 die niedersächsische Ehrenamtskarte ins Leben gerufen. Eckpfeiler des gemeinsam entwickelten Konzeptes sind die landesweite Gültigkeit der Karte, ein einheitliches Design und transparente Ausgabemodalitäten.

Freiwilligkeit ist ein entscheidendes Merkmal des bürgerschaftlichen Engagements. Es ist abhängig von der individuellen Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger, eine gemeinwohlorientierte Tätigkeit in der Freizeit wahrzunehmen. Das Engagement entzieht sich bewusst den Effizienz- und Rationalisierungskriterien sowie dem Entlohnungssystem der Erwerbswirtschaft. Um das „unbezahlbare“ Engagement der vielen Aktiven wertzuschätzen und anzuerkennen, sind

Politik, Trägerorganisationen und Öffentlichkeit aufgerufen, adressatengerechte Formen der Anerkennung zu entwickeln.

In Niedersachsen sind in diesem Handlungsfeld zahlreiche Initiativen ergriffen und eine „Kultur der Anerkennung“ entwickelt worden, die die Wünsche der Engagierten nach mehr öffentlicher Wahrnehmung und Wertschätzung berücksichtigt. Die Ehrenamtskarte ist ein Zeichen der Wertschätzung